



**Eröffnungsrede zum parlamentarischen Abend der ak.mas  
am 16. Mai 2018**

**(Thomas Rühl, Sprecher Mitarbeiterseite AK Caritas)**

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Gäste,

die Regierungsbildung nach der Bundestagswahl 2017 war langwierig und konfliktrichtig. Das Wahlergebnis spiegelt wieder, wie groß die soziale Verunsicherung und politische Zerklüftung in der Wahlbevölkerung ist.

89 Prozent der Deutschen sind laut Eurobarometer 2017 der Meinung, dass soziale Ungleichheit ein wichtiges Thema ist. Diese Störmeldung gilt es, in der Politik konstruktiv aufzugreifen und mit langem Atem lösungsorientiert zu bearbeiten. Das geht nur im seriösen fachpolitischen Dialog zwischen Politik und Zivilgesellschaft. Dazu laden wir Sie heute Abend sehr herzlich ein!

Begrüßen Sie mit mir unsere Ehrengäste:

Ich begrüße sehr herzlich eine alte Bekannte in neuer Funktion: Frau Staatssekretärin Kerstin Griese.

Frau Griese, wir kennen und schätzen Sie als Vorsitzende des Ausschusses für Arbeit und Soziales. Wir freuen uns, dass Sie als engagierte Fachpolitikerin nunmehr zur Führungsebene des BMAS gehören.

Begrüßen Sie mit mir Frau Eva Maria Welskop-Deffaa, Vorstand Sozialpolitik des Deutschen Caritasverbandes. Frau Welskop-Deffaa, wir freuen uns, dass der DCV mit Ihnen wieder mit seiner ersten Führungsebene auf unserem parlamentarischen Abend vertreten ist. Ihnen ein herzliches Willkommen!

Wir freuen uns, dass Peter Weiß – wie schon in den vergangenen Jahren – wieder bei uns ist. Lieber Herr Weiß, wir kennen und schätzen Sie als engagierten Vertreter

des Arbeitnehmerflügels der CDU, der für uns immer ein offenes Ohr hat. In dieser Wahlperiode sind Sie Sprecher für Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion geworden. Schön, dass Sie da sind!

Meine Damen und Herren, es hat auf unserem parlamentarischen Abend gute Tradition, dass die Gewerkschaften ver.di und Marburger Bund auf dem Rednerpodium vertreten sind. Ich begrüße daher sehr herzlich Heike von Gradolewski-Ballin von ver.di und Rudolf Henke vom Marburger Bund.

Abschließen möchte ich den Begrüßungsreigen mit dem Sprecher der Zentral-Koda Mitarbeiterseite, Thomas Schwendele, und dem Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen, Stefan Bug. Auch Euch beiden ein herzliches Willkommen!

Meine Damen und Herren,

wir haben unseren diesjährigen parlamentarischen Abend unter das Motto „Mit dem Sozialen Staat machen!“ gestellt.

Das haben wir aus drei Gründen getan:

Erstens:

Die Bedeutung sozialer Dienstleistungen für den Arbeitsmarkt und die Funktionsfähigkeit der Gesellschaft ist enorm. Trotzdem wird sozialen Dienstleistungen oft nur geringe volkswirtschaftliche Bedeutung zugemessen.

Zweitens:

Die Bedeutung eines vorsorgenden Sozialstaates für den sozialen Frieden kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Dieser vorsorgende Sozialstaat braucht leistungsfähige Sozialversicherungssysteme. Deren paritätische Finanzierung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern muss wieder selbstverständlich werden.

Drittens:

Ein sozialer Arbeitsmarkt darf nicht nur öffentlich geförderte Beschäftigung für langzeitarbeitslose Menschen meinen. Sozial ist ein Arbeitsmarkt dann, wenn prekäre Beschäftigungsformen wie zum Beispiel die sachgrundlose Befristung abgeschafft, die Tarifbindung gefördert und Erwerbsarmut abgestellt werden.

Staat machen mit dem Sozialstaat – das ist also weitaus mehr, als bedürftigen Menschen in Notlagen zu helfen. Mit dem Sozialen Staat machen heißt, für breite berufstätige Bevölkerungsschichten gute Entgelt- und Arbeitsbedingungen zu schaffen - und auskömmliche Renten zu sichern.

Liebe Gäste, lassen Sie mich einige der genannten Punkte vertiefen:

Soziale Dienstleistungen gehören zur öffentlichen Daseinsfürsorge. Deshalb muss der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes das Vergütungsniveau in der Pflege, in der Erziehung oder in der Suchthilfe bestimmen. Die Kostenträger müssen alle sozialen Dienstleistungen auf dem Tarifniveau des öffentlichen Dienstes refinanzieren. Und das Geld muss dann auch tatsächlich bei den Beschäftigten ankommen!

Meine Damen und Herren, die Pflege steht ganz oben auf der Agenda. Und das ist auch gut so!

Die Pflegeversicherung darf Pflegebedürftige und beruflich Pflegende nicht finanziell gegeneinander ausspielen.

Niemand darf zum Sozialfall werden, weil die Rente nach jahrzehntelanger Berufstätigkeit nicht für die Pflegekosten reicht. Die Eigenanteile der Pflegebedürftigen sind deshalb der Höhe und Dauer nach zu begrenzen.

Bei allen Finanzierungsfragen der Pflegeversicherung muss der Grundsatz der paritätischen Finanzierung wieder selbstverständlich werden.

Zum Stichwort Altenpflege:

Nur Tariflöhne sichern faire Bezahlung für alle beruflich in der Pflege Tätigen. Deshalb müssen alle rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Tarifbindung in der Pflege voran zu bringen.

Die Personalausstattung in der Altenpflege kann nicht dem Markt überlassen werden. Es braucht verbindliche, gesetzliche Vorschriften zur Personalausstattung. Die Entwicklung geeigneter Verfahren, die der Gesetzgeber bis 2020 angefordert hat, scheint ins Stocken geraten zu sein. Die Politik muss daher den Druck erneuern und erhöhen.

Wenn dieser kurzfristige Handlungsbedarf erfüllt ist, muss über einen Umbau der Pflegeversicherung zu einer Pflegevollkostenversicherung nachgedacht werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auf ein weiteres aktuelles Thema eingehen – das Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit.

Als Tarifpolitiker der Arbeitnehmerseite erleben wir, dass Teilzeit von Arbeitgebern als Flexibilisierungsinstrument eingesetzt wird. Die viel gepriesene Flexibilität ist aber keine Einbahnstraße, die nur arbeitgeberseitig gilt.

Vielmehr müssen Arbeitnehmer auch während eines jahrzehntelangen Berufslebens rechtssicher die Möglichkeit haben, phasenweise in Teilzeit zu arbeiten - und aus der Teilzeit jederzeit wieder in Vollzeit zurückkehren können.

Die ak.mas ist bereit, sich am politischen Dialog zu diesen Themen konstruktiv zu beteiligen.

Meine Damen und Herren, liebe Gäste, IG-Metall-Vorstand Hans-Jürgen Urban stellte jüngst in seiner Rede zum 1. Mai fest: „Politik für mehr Gerechtigkeit – das ist der Maßstab, den sich die neue Regierung gefallen lassen muss.“ Dem ist nichts hinzu zu fügen.